



Universität
Bayern e.V.

Schulpolitisches Memorandum der Bayerischen Rektorenkonferenz

10. Oktober 2003

Schule und Hochschule vermitteln Bildung und legen Grundlagen für die Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft. Sie geben kulturelle Stabilität im sozioökonomischen Wandel. Durch nichts wird der soziale Aufstieg in einer Industrie- und Wissensgesellschaft mehr geprägt als durch die Bildungschancen. Die gerechte Verteilung und die begabungsadäquate Inanspruchnahme von Bildungsangeboten bestimmt nicht nur die Produktivität unserer Gesellschaft, sondern trägt maßgeblich zu ihrer geistigen Vitalität bei.

Die Aufgaben der Universitäten bestehen in der Fortentwicklung der Wissenschaften und in der wissenschaftlichen Ausbildung. Dies setzt Studierende voraus, die über die Voraussetzung zu wissenschaftlich-methodischer Arbeit verfügen und einen breiten Bildungshorizont mitbringen.

Vor dem Hintergrund der bedrohlichen demographischen Entwicklung Deutschlands (rückläufige Bevölkerungsentwicklung) müssen Bildung und Forschung, Schule und Hochschule an die Spitze der politischen Agenda, ansonsten sind wir in unserer Wettbewerbsfähigkeit und damit als Gesellschaft im ganzen bedroht.

Wichtig für die Arbeit der Universitäten ist die Grundlagenarbeit der Schulen, vor allem der *Gymnasien*. Im gegliederten deutschen Schulsystem kommt ihnen traditionell die Aufgabe zu, den Schülern möglichst vielfältige Bildungsinteressen erschließen zu helfen, intellektuelle Begabungen zu fördern, kulturelle Orientierung bei größtmöglicher Weltoffenheit zu geben und auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium vorzubereiten. Allerdings hat sich der Anspruch an die gymnasiale Schulbildung in der jüngeren Vergangenheit erweitert:

- Anstelle eines Hochschulstudiums nehmen mittlerweile mehr als 30 % der Abiturienten unmittelbar eine Berufstätigkeit auf, zumeist nach einer vorgeschalteten berufsspezifischen Lehre.
- Zunehmend finden Abiturienten ihre Interessen und Fähigkeiten besser durch ein Fachhochschulstudium als durch ein Universitätsstudium beantwortet.
- Die veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten unserer Gesellschaft, die stark durch Internationalisierungseffekte der Wirtschaft sowie Einflüsse der Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt sind, erfordern verstärkte pädagogische Anstrengungen.

Die BAYERISCHE REKTORENKONFERENZ würdigt die Leistungen unserer Schulen. Dennoch möchte sie mit dem vorliegenden Memorandum einige Vorschläge unterbreiten, von deren Umsetzung sie nicht nur eine Verbesserung des Zusammenwirkens von Schule und Universität erwartet, sondern eine verstärkte Nachfrage nach akademischer Ausbildung sowie zu Verbesserung der Berufschancen unseres akademischen Nachwuchses.

I.

Das wesentliche Ziel der gymnasialen Schulbildung besteht darin, mündige, d.h. selbstverantwortliche und sozialverantwortliche Persönlichkeiten heranzubilden. Sie sollen einen breiten Interessenshorizont und hinreichendes Fachwissen haben, damit sie später auf der Basis der Anwendung wissenschaftlicher Methoden arbeiten können.

Exemplarisches Lernen und Begreifen von Zusammenhängen ist dem Erwerb von detailliertem Faktenwissen überzuordnen. Der Unterrichtsbezug zur Lebenswirklichkeit und zur Wissenschaftswirklichkeit ist vielfach verbesserungsbedürftig, insbesondere in der Mathematik und in den Naturwissenschaften, aber auch in den lebenden Sprachen. Im Rahmen der schulischen Ausbildung müssen die Grundlagen für weiteres vertiefendes Lernen vermittelt werden, damit die Schüler auf die Erfordernisse des lebensbegleitenden Lernens vorbereitet werden.

II.

Schultypunabhängig müssen alle Abiturienten eine grundlegende Kommunikationsfähigkeit im sozialen, philosophischen, ethischen und religiösen Bereich besitzen und mit vier Sprachen vertraut sein:

- **Deutsch als Muttersprache;**
- **Englisch als internationale Verkehrssprache;**
- **Latein als europäische Kultursprache**, wahlweise Französisch oder Spanisch als lebende romanische Sprache;
- **Mathematik als Sprache der Naturwissenschaften.**

Der Sprachenunterricht muss für alle Schüler breiter geöffnet werden sowie vielseitiger und näher an der Lebens- und Berufspraxis orientiert sein als bisher. Es genügt, wenn eine der herkömmlichen Fremdsprachen auf dem bisherigen hohen Niveau als Literatursprache erschlossen wird. Insbesondere die *lingua franca* Englisch muss vordringlich als Umgangssprache vermittelt werden; der weitere Ausbau ist gegebenenfalls einem Hochschulstudium vorbehalten.

Begrüßt wird die Entscheidung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, mit dem Fremdsprachenunterricht bereits in der Grundschule zu beginnen. Dieser frühere Einstieg in das Erlernen einer Fremdsprache (in der Regel des Englischen) eröffnet im Rahmen der gymnasialen Ausbildung Freiräume, die auch für die Intensivierung einer weiteren Fremdsprache und des naturwissenschaftlichen Unterrichts genutzt werden können.

III.

Dringender Handlungsbedarf besteht beim naturwissenschaftlichen Unterricht. Er muss verstärkt sowie an praktischen Beispielen aus der Lebenswirklichkeit begreiflich gemacht werden und damit den Bezug zur Welt der Technik herstellen.

Die einschlägigen Bildungsstudien in den OECD-Ländern haben für Deutschland einen eklatanten Mangel an naturwissenschaftlicher Bildung offenbart. Es ist notwendig, in Generationenfrist die allgemeine Technikskepsis unserer Gesellschaft u.a. durch den Schulunterricht zu überwinden. Als Land ohne Bodenschätze haben wir auch angesichts der demographischen Entwicklung alles daranzusetzen, dass unsere Leistungsfähigkeit im Zeitalter der globalen Märkte von Waren, Wissen und Berufen erhalten bleibt bzw. gesteigert wird. Das gelingt nur, wenn wir eine technikbejahende Jugend heranbilden. Notwendig ist dafür eine solide naturwissenschaftliche Ausbildung. Das Interesse an Naturerscheinungen soll primär fragend-forschend über emotionale Bezüge erschlossen und erst später mathematisch-theoretisch fundiert werden. Der naturwissenschaftliche Unterricht bedarf insgesamt eines erheblich stärkeren Welt- und Technikbezugs, damit das Interessenspotenzial am technischen und naturwissenschaftlich orientierten Beruf stärker geweckt wird als in der Vergangenheit.

Schon jetzt ist vor allem der Ingenieurmangel in Deutschland bedrohlich. Abhilfe tut not. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich das neue naturwissenschaftlich-technische Gymnasium (NTG) und die Verstärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts in allen anderen Gymnasialarten Bayerns. Das NTG wird seinem hohen Anspruch dann gerecht, wenn es das Zusammenwirken der klassischen Disziplinen exemplarisch und an der technischen Lebenswirklichkeit darstellt.

Freilich dürfen darüber die geisteswissenschaftlich vermittelten Kompetenzen wie Ausdrucksfähigkeit, Verstehen von sozialwissenschaftlichen, philosophischen und allgemein kulturellen Sachverhalten nicht vernachlässigt werden. All diese Facetten einer umfassenden sprachlich-kulturellen Bildung sind als allgemeine „Literalität“ grundlegende Voraussetzung für die Beurteilung und den Erwerb neuen Wissens. In unserer von Medien dominierten Zeit gewinnen diese Kompetenzen an Bedeutung.

IV.

Das Gymnasium muss auf *acht* Jahre konzentriert werden. Dazu ist der obligatorische Nachmittagsunterricht zu erweitern und die Oberstufe von ihrer teils überspitzten Spezialisierung zu befreien.

Das starre Festhalten an neun Gymnasialjahren erscheint uns unvertretbar. Das größte Einsparungspotential zu Gunsten neuer Fächer und interdisziplinärer Ansätze sehen wir in jenen Schulfächern, die isoliert und ohne Bezug zu Nachbardisziplinen Faktenwissen akkumulieren.

So wie sich unsere Gesellschaft entwickelt und aufgrund gesellschaftspolitischer Bedingungen (z.B. Berufstätigkeit der Frauen) besteht ein zunehmender Bedarf an schulischer Betreuung außerhalb der Kernunterrichtszeiten am Vormittag. Der Nachmittagsunterricht kann verstärkt für den sportlichen, musischen und künstlerischen Unterricht genutzt werden, aber auch für Tutorien und Übungen im naturwissenschaftlichen Bereich. Dadurch wird für Fördermaßnahmen für Hochbegabte ebenso wie für zurückhängende Schüler Raum geschaffen.

V.

Universitäten und Schulen müssen durch gemeinsame Projekte, gemeinsamen Unterricht und personellen Austausch effizienter zusammenwirken.

Die bisher eher punktuelle, erratische Zusammenarbeit zwischen Universität und Gymnasium muss dahingehend verbessert werden, dass

- besonders qualifizierte Studierende an den Tutorien und Übungen der Gymnasien mitwirken,
- Lehrkräfte (insbesondere des Gymnasiums, aber auch anderer Schularten) für mehrere Jahre an der Universität tätig sind, um an der wissenschaftlichen Forschung teilzuhaben (z.B. Promotion) und ihre didaktische Erfahrung in Seminar- und Praktikumsveranstaltungen sowie die Schulung des wissenschaftlichen Personals einzubringen,

- sich Lehrkräfte durch eine nach Art und Umfang näher zu definierende Fort- und Weiterbildung an den Universitäten z.B. mit einem Master-Abschluss qualifizieren (z.B. MNatSc in den Naturwissenschaften),
- Lehrkräfte an der Studentenauswahl der Universitäten teilnehmen (sog. Eignungsfeststellung),
- Lehrkräfte und Professoren einen regelmäßigen inhaltlichen Austausch über die Aktualität der Lehrpläne an Gymnasien pflegen.

Die Beteiligung externer Einrichtungen am Schulunterricht (z.B. Universitäten, Wirtschaft) hat sich an didaktischen Konzepten zu orientieren.

VI.

Die Lehrerbildung für alle Schularten, auch für die Pflichtschulen, gehört weiterhin an die Universitäten. Sie bedarf aber einer Verstärkung der auf das Berufsfeld ausgerichteten Ausbildungsanteile. Dazu gehören Kooperationsmodelle mit den Fachhochschulen.

Es ist ein verbreitetes Missverständnis, dass sich der Lehrerberuf in der Wissensvermittlung erschöpft. Akzeptanz und Lehrerfolg des Lehrers werden ganz wesentlich in didaktischer und methodischer Hinsicht von der Fachkompetenz, aber auch von der Sozialkompetenz geprägt. In beiden Bereichen kommt es auf eine wissenschaftliche Ausbildung an. In Anbetracht der sich exponentiell entwickelnden Wissensakkumulation und der begrenzten Schulzeit wird eine wissenschaftlich-methodische Ausbildung immer wichtiger. Für die wissenschaftliche Ausbildung sind die Universitäten zuständig, aber auch in der Pflicht. Wer die fachbezogene Unterrichtsmethodik nicht beherrscht, wird nur als Naturtalent ein erfolgreicher Lehrer. Wer indessen keine solide wissenschaftliche Fundierung hat, kommt mit leeren Händen. Die Entwicklung und Bewertung dieser Kompetenz kann nur bei einer intensiven Verbindung zwischen Hochschul-Ausbildung und schulpraktischer Ausbildung gelingen.

Die Angehörigen eines des aktuell schwierigsten und wichtigsten Berufes haben einen Anspruch darauf, an einer Stätte ausgebildet zu werden, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch neues Wissen schafft. Dies sind die Universitäten. Gleichwohl befürworten wir

die Erprobung von Lehrerbildungsmodellen, an der sich Fachhochschulen in ihrem Kompetenzbereich beteiligen (z.B. Technikfächer der Berufsschullehrer-Ausbildung).

Wir schlagen ein Auswahlverfahren und dessen wissenschaftliche Validierung für das Lehramtsstudium vor, um die wirklich geeigneten Studierenden zu finden. Bei der Auswahl ist besonders auf persönlichkeitsbedingte Faktoren zu achten. Verstärkt werden muss die Integration berufspraktischer Phasen in das Lehramtsstudium.

Die Lehrerbildung an den Universitäten ist organisatorisch vielfach unzureichend strukturiert. Nach unserer Auffassung stellen die Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik, wie vom Bayerischen Landtag empfohlen, eine geeignete Organisationsform dar. Die Fort- und Weiterbildung kann hier integriert werden.

VII.

Die Fort- und Weiterbildung der Lehrer ist grundsätzlich neu zu ordnen und zu intensivieren. Sie ist ebenso wichtig wie die Lehrerbildung selbst.

Zur Erhaltung von Motivation und Professionalität des Lehrerberufs wird der Staat im schwieriger werdenden gesellschaftlichen Umfeld für seine Lehrer dahingehend Sorge tragen müssen, dass die hohen Frühpensionierungsraten – in mehrfacher Hinsicht ein volkswirtschaftlicher Schaden – reduziert werden. Eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung in der Fachwissenschaft, in der Fachdidaktik und im pädagogisch-psychologischen Bereich soll an Universitäten und in Instituten für die Lehrerfortbildung organisiert werden. Dabei kommt – auch aus wirtschaftlichen Gründen – der regionalen Zusammenarbeit mit den Universitäten eine besondere Bedeutung zu.

Aktive Fort- und Weiterbildung kann nicht dem Zufall überlassen werden, sondern hat sich in Konzepte einzuordnen. Ferner muss sie sich für den Lehrer laufbahnmäßig und monetär lohnen, ebenso wie die zeitweise Tätigkeit in beruflich relevanten Bereichen wie z.B. der Universität oder Unternehmen mit fachlichem Bezug. Dies trifft nach unserer Überzeugung auf Lehrkräfte aller Schularten gleichermaßen zu.

Die BAYERISCHE REKTORENKONFERENZ sieht mit einem Teil ihrer Forderungen die bayerische Schulpolitik bereits heute auf einem guten Weg. Die Universitäten lassen

sich bei der weiteren Umsetzung dieser Ziele in die Pflicht nehmen, weil sie sich als Partner der Schulen verstehen.

Für die BAYERISCHE REKTORENKONFERENZ:

Prof. Wolfgang A. Herrmann
Vorsitzender